

# Andreas Ronchetti löst Esther Denzler ab

Im gegenseitigen Einvernehmen haben der Verwaltungsrat der WWZ-Gruppe und CEO Esther Denzler beschlossen, die Zusammenarbeit per sofort zu beenden. Der bisherige Finanzchef Andreas Ronchetti übernimmt die Leitung der Zuger Energie-, Telekommunikations- und Wasserversorgerin.

Esther Denzler habe als CEO der WWZ-Gruppe in den letzten ein- und einhalb Jahren die konsequente Fokussierung auf die Nachhaltigkeit, aber auch die Verbesserung von internen Prozessen und Systemen mit grossem Engagement vorangetrieben, schreibt die WWZ in einer Medienmitteilung.

«Unterschiedliche Vorstellungen bezüglich der Unternehmensführung haben nun zum gemeinsamen Entscheid der Trennung geführt, die in gegenseitigem Einvernehmen erfolgt», heisst es weiter. Der Verwaltungsrat danke Esther Denzler für ihren wertvollen Beitrag für WWZ



Wechsel an der Spitze der WWZ. Esther Denzler tritt als CEO per sofort ab. Sie wird ersetzt durch den bisherigen CFO des Unternehmens, Andreas Ronchetti. Fotos: WWZ



und wünsche ihr für ihre persönliche und berufliche Zukunft alles Gute.

## Vom CFO zum CEO

Der Verwaltungsrat hat den aktuellen Finanzchef, Andreas Ronchetti

zum neuen CEO gewählt. Mit dieser Wahl setzte der Verwaltungsrat auf Kontinuität und Stabilität im Unternehmen.

Andreas Ronchetti verfügte über einen langjährigen Leistungsausweis in der strategischen Finanzführung mittelgrosser, industrienahe Unternehmen, seit 2019 als CFO von WWZ. Unter der Führung des neuen CEO solle die Umsetzung der Strategie konsequent weiterverfolgt werden, heisst es in der Medienmitteilung. Andreas Ronchetti übernimmt die neue Funktion per sofort.

Die WWZ AG versorgt die Bevölkerung und Wirtschaft im Kanton Zug und umliegenden Gebieten seit 1892 mit Energie, Telekommunikation und Wasser. Das Unternehmen ist eine Holdinggesellschaft im Besitz von rund 4600 privaten Aktionärinnen und Aktionären. Der Firmensitz ist in ZUG Die WWZ beschäftigt rund 490 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. RC



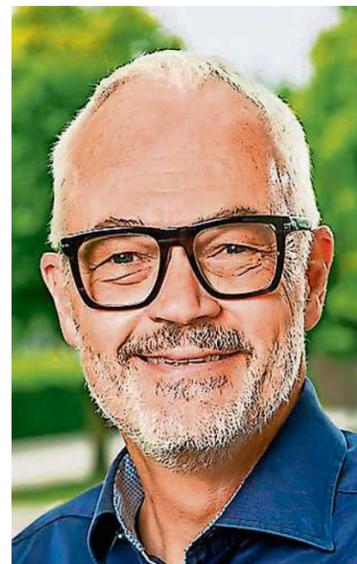
Die WWZ ist ein Energie-, Telekom- und Wasser-Versorgungsunternehmen. Foto: RC

## Monsterbanken

Ist die UBS eine «Monsterbank»? Mich stört, wie die UBS von manchen so bezeichnet wird. Als wäre sie King Kong, den man bekämpfen muss. Das finde ich etwas dumm. Natürlich wissen wir: Grossbanken sind «systemrelevant». Sie sind so gross, dass ihre Probleme auch die Allgemeinheit treffen könnten. UBS und CS gelten gar als «global systemrelevant». Raiffeisen, Zürcher Kantonalbank und PostFinance sind es immerhin schweizweit. Gibt es auch «kantonal systemrelevante» Banken? Doch dazu später.

Zunächst die Schweiz: Vor 25 Jahren wurde die UBS schon einmal plötzlich grösser. Nach einer Fusion schnellte ihre Bilanz auf 940 Milliarden. Das war 1998 210 Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts (BIP). Danach wuchs die Bank noch weiter bis auf 330 Prozent des BIP. Es folgte die Finanzkrise 2008, und die UBS verkleinerte ihre Bilanz wieder. Und wo stehen wir heute? Nach der Übernahme der CS wiegt die neue UBS 210 Prozent der Schweizer Wirtschaftsleistung – genau gleich viel wie 1998! Und die Zeichen stehen eher auf Bilanzabbau, nicht Ausbau. Entspannen wir uns also etwas.

Und nun die kantonale Sicht: Die Bilanzsumme der Zuger Kantonalbank beträgt 85 Prozent des Zuger BIP. Die Luzerner Kantonalbank verbucht 175 Prozent der Luzerner Wirtschaft, und die Urner, Nidwaldner und Schwyzer je zwischen 200 Prozent und 215 Prozent. Das sind stolze Zahlen. Dazu kommt: Kantonalbanken sind nicht global diversifiziert, sondern ihre Geschäftsmodel-



Martin Spillmann.

Foto: zvg

le konzentrieren sich auf ihre Kantone. Als Platzhirsche sind sie dort die bedeutendsten Kreditgeber. So dominieren sie das Verhalten der lokalen Akteure. Bekommt nun eine Kantonalbank Probleme – das kam schon vor – leiden Kunden und der ganze Kanton sofort mit. Systemrisiken also auch hier. Risiken, für die der Kanton mithaftet.

Das schleckt also keine Geiss weg: Auch manche Kantonalbanken haben «Monsterpotential». Darum sind Innerschweizer Finanzpolitiker und Behörden gut beraten, ab und zu das Undenkbare zu denken, und dabei auch die Eigentümerstrategien ihrer Kantone zu hinterfragen.

Martin Spillmann, GLP

## Ohne Vereine gehts nicht

Mitte August trafen sich Trychlerinnen und Trychler, Geisslechlöpfer und Brauchtum-Fans in Menzingen. Das Eidgenössische Scheller- und Trychlerfest (kurz EST) brachte in den Sommerferien über 10'000 Menschen in meine Gemeinde. Was für ein lautes und herzliches Fest – unterstützt von über 800 Helferinnen und Helfern. Ihnen sowie dem OK, den teilnehmenden Gruppen und allen Besucherinnen und Besuchern ein grosses Dankeschön.

Grossanlässe wie das EST, das Jodlerfest oder das ESAF sind ohne Vereine und ihre Mitglieder undenkbar. Militär und Zivildienst sind zwar ebenfalls gefragt, doch es braucht die Menschen, die in ihrer Freizeit Verkehr einweisen, Tische putzen, Würste grillieren, Abfall entsorgen, Auskunft geben, freundlich lächeln... eben als «Chrapfer» dafür sorgen, dass es klappt.

Noch vieles mehr in unserer Gesellschaft funktioniert dank Vereinen, sei es der Spielnachmittag der Familienbrugg, das Junioren-Fussballtraining oder die musikalische Umrahmung einer Feier. Hier sind überall Vereins-Menschen ehrenamtlich aktiv. Vereine sind wichtig für unsere Gesellschaft – ohne Vereine geht es nicht!

Was braucht es, damit Vereine funktionieren, Mitglieder aktiv mitmachen und sich auch als «Chrapfer» einspannen lassen? Hier geht es für einmal nicht ums Geld. Ein Verein verfolgt gemeinsame Interessen und Ziele. Es macht Freude, auf etwas hinzuwirken, zu probieren, zu trainieren, gemeinsam etwas zu organisieren.

So entsteht ein Gefühl für Gemeinschaft und man erlebt Wertschätzung, untereinander, vom Publikum, den Fans oder den Menschen, für die man sich einsetzt. Dennoch brauchen Vereine Unterstüt-



Tom Magnusson.

Foto: zvg

zung von Sponsoren und Gönnern sowie von der Politik. Die Politik ist gefragt, wenn es um Infrastruktur und um Bewilligungen geht. Ich werde mich weiter dafür einsetzen, dass administrative Hürden abgebaut und Vereine schon bei der Planung der öffentlichen Infrastruktur (z.B. Schulhäuser, Sportanlagen) einbezogen werden.

Das Wichtigste zur Stärkung der Vereine können aber wir alle ganz persönlich leisten: Machen Sie mit in einem Verein, der Ihnen gefällt, motivieren Sie Ihre Kinder und Enkel dazu. Zeigen Sie Ihre Wertschätzung für das Vereins-Engagement. Danken Sie freiwilligen Helferinnen und Helfern am nächsten Anlass, den Sie geniessen, spätestens am Innerschweizer Schwing- und Älplerfest 2024 wieder in Menzingen.

Tom Magnusson  
Kantonsrat FDP Menzingen

## MEINUNGEN UNSERER LESERINNEN UND LESER

### Zuger Amtsblatt – zeigt sich hier die Ignoranz der Politik?

Veränderung ist ein integraler Bestandteil unseres Lebens. Doch wenn diese Veränderung dazu führt, dass unser Zuger Amtsblatt an Nutzen und Verständlichkeit verliert, müssen wir uns fragen, ist das der Weg den wir gehen wollen? Seit Anfang 2023 gibt es das gewohnte, handliche und übersichtliche Zuger Amtsblatt inklusive Marktteil nicht mehr. Das Amtsblatt kann man nur noch in der örtlichen Gemeindeverwaltung abholen oder per Internet abrufen. Der Marktteil kommt in jeden Haushalt, wird aber von Woche zu Woche dünner. Die Einfachheit, die unser früheres Amtsblatt auszeichnete ist verschwunden. Das überarbeitete Amtsblatt ist lediglich noch eine verwirrende Sammlung von Details und fehlenden Informationen. Es sind nicht nur die Details, die uns überfluten, sondern es fehlen auch wichtige Informationen, wie etwa die Angaben der Einwohnergemeinden, Bürgergemeinden, Korporationsgemeinden und Kirchgemeinden. Das Marktblatt ist für das einheimische Kleingewerbe eine wichtige Plattform für ihre Inserate. Ist es nicht unsere Pflicht, eine Informationsquelle von Wert zu erhalten? Das neue Amtsblatt kostet rund 173'000 Franken pro Jahr. Ziemlich viel Geld, für etwas, was man persönlich auf der Gemeindeverwaltung holen muss und das so unübersichtlich ist, dass einem die Lust aufs Lesen ziemlich

schnell vergeht. Die Bevölkerung bezahlt also für etwas, was nicht seinem Zweck dient. Die Wahlen sind nah. Lassen Sie uns dies als eine Gelegenheit nutzen, Verantwortung einzufordern.

Franz Räber, Unterägeri

### Sauberkeit im öffentlichen Raum

Mitte Juli beantragte die FDP-Fraktion im Grossen Gemeinderat ZUG (GGR) zu Recht mit einem Postulat die desolante WC-Situation in der Männerbadi (Strandbad Siebach) zu beheben. Die Postulanten schrieben dazu: «Wir fordern den Stadtrat auf, die Hygieneanlagen baulich auf die nächste Sommersaison zu erweitern und das Reinigungskonzept dem Gästeaufkommen anzupassen». Dass es da schon seit längerem nicht mehr stimmt, hätte der Stadtrat längst selber merken können. Auf meine schriftliche Anfrage hin, nachdem während rund eines Monats keine Sofortmassnahmen ergriffen wurden, erhielt ich die erfreuliche Mitteilung, dass seit dem 17. August zusätzlich ein WC-Wagen zur Benützung für die Badenden und Passanten vor Ort sei. Immerhin. In seinen Legislaturzielen 2023 – 2026 beschreibt der Stadtrat mit wolkigen Worten: «Die Stadt Zug versteht Investitionen in den öffentlichen Raum als Investition in die Gemeinschaft. Die Stadt Zug steigert die Aufenthaltsqualität für ihre Einwoh-

nerinnen und Einwohner wie auch für Menschen, die zur Arbeit nach Zug pendeln oder hier ihre Freizeit verbringen.» Wie schön das doch alles klingt. Es sind immer die «Basics», wie zum Beispiel saubere WC's und das Entfernen von Sprayereien und herumliegendem Müll, welche unsere «Aufenthaltsqualität» beeinflussen. Wir wünschen uns doch alle eine saubere Stadt, einen Stadtrat der auch die öffentlichen Toiletten im Griff hat, der nicht nur hochfliegende abgehobene Legislaturziele in alle Haushalte verschickt, sondern sich zuerst den pragmatischen Dingen, wie der Sauberkeit im ganzen öffentlichen Raum widmet. Es ist jedenfalls höchste Zeit, dass der Stadtrat seine Verantwortung für den öffentlichen Raum ernsternimmt.

Philip C. Brunner  
Gemeinderat Zug

Die Redaktion weist darauf hin, dass der Inhalt der Zuschriften und Politikolumnen die Ansicht der Einsendenden wiedergibt, die mit der Meinung der Redaktion oder des Verlages nicht übereinstimmen muss. Briefe von Leserinnen und Lesern sollten möglichst kurz und prägnant sein (maximal 1700 Zeichen, inklusive Leerschläge) und mit Vornamen, Nachnamen und Wohnort versehen sein. Zu lange Zusendungen werden von der Redaktion gekürzt. RED